Koalitionszwist über Familienpolitik verschärft sich

Streit um Karenzgeld wird zum Wahlkampfthema

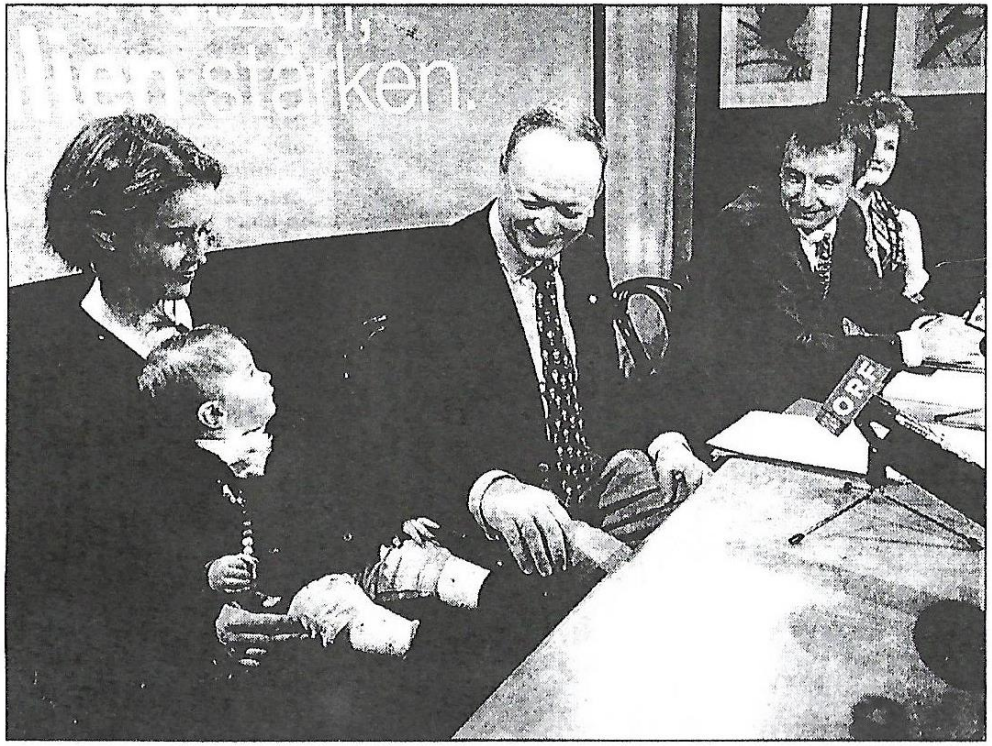
ÖVP-Vorfeldorganisation plant Familien-Volksbegehren im September

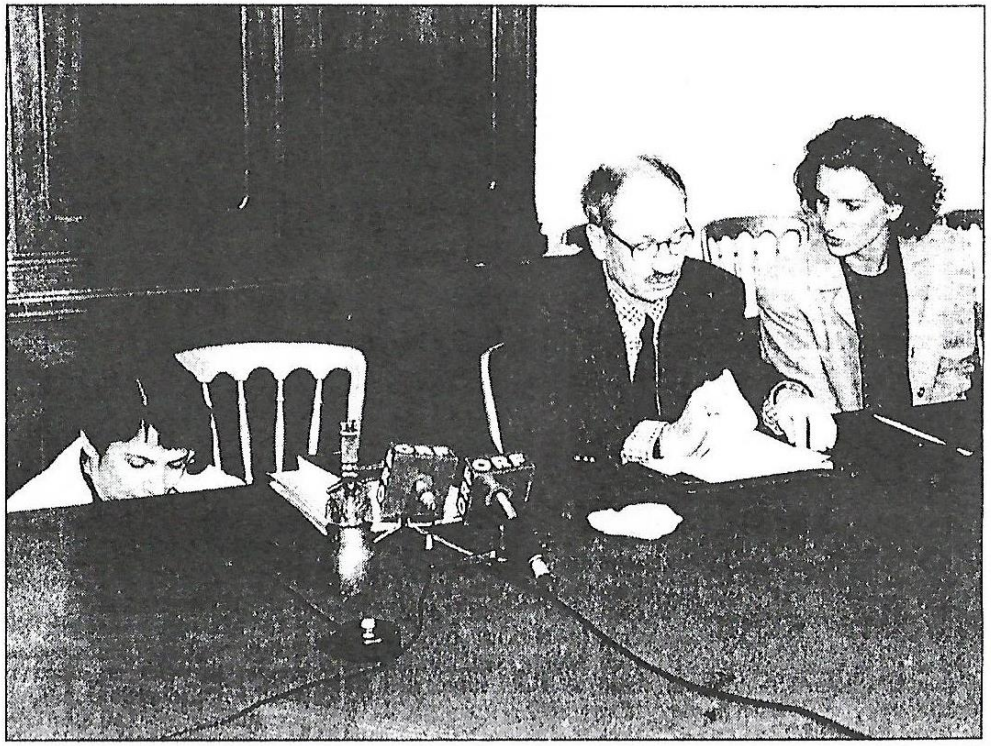
Wien – Vor zehn Tagen hat sich die Koalition in ihrer Regierungsklausur auf ein Mini-Familienpaket geeinigt. Doch gestern, Montag, prallten die Gegensätze wieder voll aufeinander. Die ÖVP beharrt auf ihrem „Karenzgeld für alle" und ließ in einer Pressekonferenz Mütter zu Wort kommen, die keinen Anspruch darauf haben. Die Volkspartei ist notfalls zur Verfassungsklage bereit. Dank der Überschüsse im Familienlastenausgleichsfonds seien mehr Karenzgeldbezieher auch ohne Steuererhöhung finanzierbar.

Beinahe zeitgleich referierte Frauenministerin Barbara Prammer zur Familienpolitik. Sie forderte Teilzeitarbeit mit Rückkehrgarantie in den Vollerwerb. Der Sozialwissenschafter Bernd Marin bezeichnete in der Veranstaltung das Karenzgeld für alle als „Familienkommunismus à la Bartenstein".

Der ÖVP-nahe Familienbund bemüht sich um die Einleitung eines Volksbegehrens, dessen zentraler Punkt das Karenzgeld für alle wäre. Es soll im September aufliegen. (mon) ***Seite 6***

Wahlkampfschlager Familie: Der Koalitionsstreit darüber ist voll ausgebrochen





Freundliches Zehendrücken von VP-Klubobmann Khol zaubert noch kein Karenzgeld für die studierende Mutter her, aber Familienminister Bartenstein gibt sich optimistisch. Zur gleichen Zeit begab sich auch Frauenministerin Prammer auf die Suche nach der besten Lösung. Die Sozialwissenschafter Bernd Marin und Monika Thenner halten den ÖVP-Weg für ungangbar. *Fotos: Semotan*

„Verfassungsklage ist denkbar“

ÖVP ist optimistisch, die SPÖ beim „Karenzgeld für alle“ mürbe zu klopfen

Wien – „Ich hätte mir mit dem Karenzgeld einen Babysitter leisten und früher an die Uni zurückkehren können“, sagte die Studentin. Sie und andere Mütter, die keinen Anspruch auf diese staatliche Leistung haben, kamen am Montag in einer Pressekonferenz der ÖVP zu Wort. Daß zehn Prozent der Mütter kein Karenzgeld bekommen, sei ein soziales Unrecht, das möglichst schnell „ausgebügelt“ werden muß, meinte ÖVP-Klubobmann Andreas Khol. Und er ist gar nicht entzückt, daß Finanzminister Rudolf Edlinger ein begehrliches Auge auf die Überschüsse des Familienlastenausgleichsfonds (Flaf) gerichtet hat. Diese steigen derzeit dank sinkender Geburtenrate und gekürztem Karenzurlaub und werden bis zum Jahr 2001 voraussichtlich 4,4 Milliarden Schilling betragen. Das von der ÖVP geforderte Karenzgeld für alle könnte daher bequem ohne Steuererhöhung finanziert werden, wie Familienminister Martin Bartenstein sagte.

Schon öfter – so in der SP/FP-Koalition sei der Flaf zweckentfremdet worden – für Waffenankäufe, Reparatur des Praterstadions, zur Deckung des ÖBB-Defizits. „Wir merken die Absicht und sind verstimmt“, sagt Khol. Edlinger will das Geld zur Senkung der Lohnnebenkosten verwenden.

Hausfrauen

Die SPÖ hatte auch signalisiert, daß alle Gruppen ein größeres Anrecht als Hausfrauen auf Karenzgeld haben. Sollten die Hausfrauen übrigbleiben, sei eine Verfassungsklage denkbar, sagte Khol. „Das würden wir machen.“ Und Bartenstein assistierte: „Frauenministerin Barbara Prammer glaubt ja wohl nicht, daß alle Hausfrauen Partnerinnen von Generaldirektoren sind. Abgesehen davon, daß die meisten ja nur vorübergehend daheimbleiben wollen.“

Der Minister ist im übrigen der Meinung, daß die SPÖ einschwenken werde. Schließlich habe sie das auch beim Familienpaket getan, das die ÖVP nur gegen den Willen des Koalitionspartners durchsetzen konnte. Die ÖVP ließ es sich nicht nehmen, auf dem Podium zur Pressekonferenz ein Taferl aufzustellen, das einen alten SPÖ-Spruch abwandelte. „Jede Mutter ist uns gleich viel wert.“

Die FPÖ bekräftigte auch gestern die Unterstützung für die ÖVP-Forderung und kritisierte den Koalitionsstreit. Die Grünen wiesen auf Benachteiligungen von Sozialhilfeempfängerinnen hin. (mon)

„Karenzgeld für alle“ ist „Kommunismus à la Martin Bartenstein“

Wien – Frauenministerin Barbara Prammer kann der ÖVP-Idee „Karenzgeld für alle“ überhaupt nichts abgewinnen. „Wieder und wieder muß ich es sagen, dies ist keine sinnvolle Idee. Das geht an den Bedürfnissen vorbei“. Dies sei sicherlich kein taugliches Instrument zur Geburtenzahlsteigerung, auch wenn es einer Prämienzahlung gleichkomme. „Wir überschlagen uns mit derartigen Vorschlägen. Das lenkt ab“, sagte die Frauenministerin in einem Pressegespräch am Montag.

Schützenhilfe bekam Prammer von AK-Präsidenten Herbert Tumpel und den zwei Sozialwissenschaftlern Bernd Marin und Monika Thenner. Marin bezeichnete „Karenzgeld für alle“ schlichtweg als „Familienkommunismus à la Bartenstein“. Diese „Armenleistung“ sei ein Weg zurück ins 19. Jahrhundert. Seine Kollegin Thenner konstatierte einen Rückgang der Geburtenrate in allen europäischen Ländern. Um die Geburtenzahl wieder zu erhöhen, müßte ein ganzes Maßnahmenbündel geschnürt werden. Neben der ökonomischen Leistbarkeit sei es entscheidend, ob Beruf und Familie vereinbart werden können. Würde ein gesetzlich geregeltes Recht auf Teilzeit für Mütter bestehen, wäre das, so Prammer, möglich. Darauf müßten auch alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen abgestimmt werden.

AK-Präsident Tumpel ortete bei Frauen „den dezidierten Wunsch nach Beruf und Familie“. Drei Viertel aller Eltern wünschten geänderte Arbeitszeiten, erklärte Tumpel. Es sei wichtig, die Kinderbetreuungsstätten an die Bedürfnisse der Eltern anzupassen.

Prammer forderte weiters einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, nach dem schwedischen Vorbild. Wichtig sei aber bei all diesen Forderungen die gesellschaftliche Akzeptanz von berufstätigen Müttern sowie die verstärkte Einbindung der Väter in die Kindererziehung.

Auch andere SP-Stimmen richten sich gegen den ÖVP-Vorschlag. Bundesgeschäftsführer Andreas Rudas appellierte an die „wirtschaftspolitische Vernunft“ des Koalitionspartners. Für ÖGB-Frauenvorsitzende Irmgard Schmidleithner sei niemandem damit geholfen. Positiv beeindruckt zeigte sich hingegen die KPÖ. Die Kommunisten haben die Forderungen nach Karenzgeld für alle Frauen übernommen. (pm)